

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an ihrem Samstags- — Preisvermerk: 50 Halbsamstags — monatlich zahlbar — Preisvermerk: 50 Halbsamstags — Abbestellungen werden alle wöchentlichen Nummern, Briefe, Adressen und die Redaktion, Leipzig, Postfach 101, entgegen. — Druck: Grotzsch, Buch- und Zeitungsdruckerei, Leipzig, Postfach 101, entgegen. — Preisvermerk: 50 Halbsamstags — Abbestellungen werden alle wöchentlichen Nummern, Briefe, Adressen und die Redaktion, Leipzig, Postfach 101, entgegen.

Abbestellungen: Für die nächstfolgenden Nummern: Seite 10 Halbsamstags. — Zusagen im Rahmen 1 Mark. — Zusagen außerhalb des Rahmens: Seite 10 Halbsamstags. — Zusagen im Rahmen 1 Mark. — Zusagen außerhalb des Rahmens: Seite 10 Halbsamstags. — Zusagen im Rahmen 1 Mark. — Zusagen außerhalb des Rahmens: Seite 10 Halbsamstags.

Nummer 52

Halle (S.), 24. Dezember 1926

2. Jahrgang

## Die Gemeinschaft der Völker.

Stresemanns Hamburger Rede — Das Abrüstungsproblem — Wir und die anderen — Die amerikanische Flottenvorlage — Die Weltwirtschaftskonferenz — Entpolitisierung des Finanzproblems — Die Aufgaben der Konferenz — Bewerte Außenpolitik — Orientierung — Die Parteikämpfe in Moskau — Der Abbau der Militärkontrolle — Der Artikel des Observer — Deutscher Parteien Wirrwarr — Die überflüssige Reise — Herr Dr. Scholz — Scheidemanns verfehlter Angriff — Die törichte Haltung der Deutschnationalen — Wieder Mitte — Fröhliche Weihnachten.

In seiner großen Rede auf dem Festessen des Hamburger Senats hat Dr. Stresemann die Bilanz dieses Jahres gezogen und gleichsam als Ausblick auf die politische Zukunft des Vaterlandes die Gedanken der Gemeinschaft, oder wie er es nannte, der Solidarität der Völker hervorgehoben. Es kann nicht schaden, wenn sich immer wieder die Staatsmänner zu diesem Ziel betonen, obwohl es erst in weiter Ferne sichtbar wird. Auch von der deutschen Erziehung hat man zu einer Zeit gesprochen, da es wirklich nur ein Idealbild geblieben und die Verwirklichung kaum denkbar war. Zwei Menschenalter gingen freilich noch über diese Träumerei dahin, zwei Generationen kämpften und litten für diese Idee, bis sie doch eines Tages Wahrheit wurde. Und ähnlich lag die Idee mit der europäischen Gemeinschaft neben, von der England gleichfalls erst vor kurzem weit vorausschauend gesprochen hat. Aber wer die Erfüllung dieser Sehnsucht will, darf sich nicht ungeduldig an Minuten hamstern. Die Aufgabe lohnt den Einsatz eines Lebens. Auch Stresemann hat jetzt eine Einschränkung gemacht, die zeigt, daß es auch für ihn Europa eine Hoffnung, nicht eine Weltanschauung ist. Er hielt die deutsche Weltanschauung den in Massen stehenden Nationen gegenüber und er meinte mit Recht, daß für Deutschland ein Remeis keines minderen Wertes ist.

Die große Aufgabe des nächsten Jahres dürfte die Aufstellung des Abrüstungsproblems werden. Allerdings nicht in dem Sinne, daß Genfer Beschlüsse zu befolgen, die einen Schritt nach rechts bedeuten. Man überhört nicht den Druck auf die Staatsmänner ausgeübt werden kann, so nur von den Vereinigten Staaten auf der einen, der Weltwirtschaft auf der anderen Seite. In Washington hat man eine neue Flottenvorlage eingeschoben, die eine ansehnliche Verstärkung der Marine zum Ziel hat, aber auch die Ermächtigung enthält, daß der Präsident den Bau einstellen kann, wenn er es aus Gründen der internationalen Verständigung für richtig erachtet. Die Flottenvorlage ist also mehr eine Drohung und Warnung, als ein Beweis begeisterten Imperialismus. Man sieht sich in den Vereinigten Staaten gezwungen, mitzuhalten, um nicht durch Friedensliebe gehemmt bei anderen zu erliegen, aber man legt die erheblichen Geldmittel der neuen Welt ein, um durch Wettrennen zum Abrüstung zu zwingen. Ob es gelingt, auf diesem Wege einen Fortschritt herbeizuführen, kann zweifelhaft sein, nur wird man zugeben, daß eine Großmacht kaum anders handeln kann, als es hier geschieht.

Wiel wichtiger noch erscheint uns die Weltwirtschaftskonferenz, die nach den bisherigen Vereinbarungen am 4. Mai kommenden Jahres in Genf zusammenzutreten soll. In sich hat ihre Tätigkeit mit Waffenfragen nichts zu tun, aber wir haben mit Genugtuung in den letzten Jahren feststellen können, daß die wirtschaftlichen Probleme eine außerordentlich günstige Rückwirkung auf die Politik gehabt haben. Was mit dem Ruhrkampf nicht erreicht wurde, hat die deutsche Inflation geschaffen. Sie hob damals Polnars aus dem Sattel und wurde die Kernkraft für das Damesgastspiel, das ja die Entpolitisierung des Finanzproblems bedeutete. Ganz ähnliche Entwicklungen haben sich gezeigt, als das Stahl- und Eisenkartell zwischen Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien abgeschlossen wurde. So bedeutsam auch für Angestellte und Verbraucher sein mögen, das soll man immer wieder offen aussprechen, obwohl es von internationaler Seite bestritten wird, so bedeutsam sind doch diese Kartelle als Friedensgewähr. Auch bei uns hat ein großer Teil unserer Feindherrscher und Stahlmagnaten den Weg zur Republik und Locarno gefunden, nachdem ihre Interessen einen Ausgleich mit Frankreich erfahren hatten. Sie erkannten, daß nur auf dem Wege der in-

ternationalen Verständigung die Blüte und Entfaltung der Wirtschaft denkbar ist.

Wesentlich wird man auf jeder Weltwirtschaftskonferenz einige Anregungen, die wiederholt gemacht wurden, und sich in das Denken der politisch oder wirtschaftlich interessierten Kreise schon eingebürgert haben, ein Stück fördern. Wir denken dabei namentlich an die Münzunion die von jenseits des Ozeans wiederholt als aussichtsreich bezeichnet wurde, also die Schaffung eines einheitlichen Geldes für Europa, das bereits angeleitete Zusammenarbeiten der führenden Notenbanken, der Kampf gegen die Zollmauern, die Europa schimmer als die natürlichen oder geschichtlichen Grenzen greifen, wir denken an Handelsverträge, die weitergehen als die bisherigen und gleichsam zur Anbahnung künftigen Zollvereines werden, vor allem aber an die endliche Regelung der Schuldenfragen und an die Revision des Damesplanes. Man kann es als ein Vorzeichen begrüßen, daß die Columbia-Universität in einer, auch von ersten Finanzmännern unterstützten Erklärung dieses gefordert hat. Vor allem erscheint uns der Hinweis darauf nützlich, daß Amerika verpflichtet ist, seinen Krieg allein zu bezahlen, nachdem es ihn geführt hat. Es ist unbedingt erforderlich, gerade in Sinne der Friedensbewegung, daß kein Staat an einem Armegeheiß sich verheißt, auch wenn die Kriegskosten nicht zur Ruhe. In diesem Sinne wäre die Streichung der interalliierten Schulden, die vorwiegend nach sich ziehen würde, eine sehr wirksame Bekämpfung für Munitionsbörsen und für eine Presse, die im Dienste gewisser Schwerindustrie steht.

Deutschland hält jedenfalls an der bewerteten Außenpolitik fest, hinter der die Mehrheit der Nation zweifelt. Man kann sagen, daß diese Politik auch in vergangenen Jahre moralische Eroberungen gemacht hat, sie hat sich als die einzige erwiesen, die überhaupt ernstlich für uns in Frage kommt, und keiner von denen, die in ihr Kritik übten, hat es vermocht, uns andere Wege aufzuzeigen. Die Orientierung, von der bisweilen die Rede ist, und zwar im bescheidenen Gegensatz zu Genf und Thoiry, hält seiner Nachprüfung stand. Wir wollen gute Beziehungen zu Rußland, aber wir können uns von Herrn Tschitscherin nicht die Gabel des Handels vorzeichnen lassen, schon deshalb nicht, weil schließlich die russische Politik von innerpolitischen Erwägungen stark beeinflusst wird und die Konsolidierung der Sowjets noch lange nicht genügend vorgeschritten ist, um eine Bundesgenossenschaft empfehlenswert erscheinen zu lassen. Das ist auch in Moskau eine gewisse Entwicklung vorliegt, die sich nicht, aber ihr Ausgang ist heute noch zweifelhaft, und die letzten Tage haben wieder bewiesen, daß die Opposition nicht nur über führende Köpfe, sondern auch über erhebliche Massen verfügt. Es ist Stalin nicht gelungen, trotz zum Verstummen zu bringen.

Deutsche Kultur und deutsche Wirtschaft weisen nach rechts. Man kann es bedauern, daß die Fortschrittlichkeit unserer Erwartungen entsprechen, aber sie zu leugnen wäre eine große Freilassung der öffentlichen Meinung. Auch in der letzten Genfer Tagung ist manches erreicht worden, gewiß nicht alles was wir erhofften, aber das Aufheben der Militärkontrolle und der Sieg der deutschen Delegation in der Frage der Zweifeltung sind Erfolge, die ohne Locarno undenkbar wären. In dieser Richtung wird weiter gearbeitet werden müssen und es besteht begründete Aussicht, daß neue Erfolge uns zwar nicht als reife Früchte in den Schoß fallen, aber nach hartem Ringen erobert werden. Der Observer nannte die Rheintäumung das Problem des nächsten Jahres. Wenn auch kein Artikel, der so erhebliches Aufsehen erregt, nicht auf amtliche Quellen zurückgeführt werden kann, sondern offenbar die Privatmeinung jenes Oberleutnants Garwin darstellt, so hat er doch immerhin beachtlich genug. England wird auf die Dauer keine andere Richtung verfolgen können, als sie in jenen Auslassungen dargelegt worden ist.

Über wird die deutsche Außenpolitik durch den Parteikampf maßlos erschwert. Es scheint üblich zu werden, daß man Weihnachten eine Krise dem deutschen Volke als Geschenk auf den Tisch legt. Wie damit Verhandlungen gefördert werden können, die Stresemann im Namen des Reiches mit fremden Mächten führt, ist das

Gebotnis des Reichstages, und wir glauben schon, was einige verständigungsbedürftige französische Blätter schreiben, daß nämlich der deutsche Rabinettstag auch die Stellung aber haben allen Anlaß, den Mann zu süßen, mit dessen Namen Locarno untrennbar verknüpft ist. Wenn wir aber keine Gelegenheit verabsäumen, um Deutschland als ein innerpolitisches Chaos der Welt vorzuführen, so ist beim besten Willen nicht zu erkennen, wie man damit eine Wirkung im günstigen Sinne erzielen will. Die ganze ausländische Presse hatte für uns nur Hohn und Spott und es ist bezeichnend, daß selbst deutschfreundliche Zeitungen, wie die in Basel, aus ihrer Bewunderung kein Hehl machten.

Dabei wird man immer wieder betonen müssen, daß diese ganze Krise überflüssig war und nicht aus inneren Notwendigkeiten entstand. Sie kam nicht, sondern wurde mutwillig heraufbeschworen, ohne daß ein Grund zureichender Art dafür vorlag. Den ersten Fehler beging der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, als er in Interburg seine Rede hielt. Wir wissen aus den letzten Jahren, daß er mit Zerfahren von Tüpfeln einige Lobung hat. Auch frühere Kritiken verdanken ihm ihre Entstehung. Gewiß ist seine Rede durch eine Zeitungsangabe nur entwertet worden, was den wichtigsten Satz enthält, aber es bleibt die Tatsache, daß er zur Unzeit an Ruhendes gerührt hat. Seine Redenungen treiben ihn nach rechts und wir hätten gern nichts einzuwenden, wenn er für seine Person die Folgerung daraus zieht. Die Volkspartei hat zwar sich hinter ihn gestellt, aber das war nur durch Taktik bedingt. Sie konnte ihn in diesem Augenblick den Sozialdemokraten nicht öffnen. Wir glauben aber in der Annahme nicht fehlerhaft, daß starke Kräfte, unter ihnen Stresemann selbst, dieses Verhalten mißbilligt haben. Sonst wäre es nicht verständlich, daß die Partei kurz darauf noch einmal ihre Genügsamkeit bezeugte, über die große Koalition zu verhandeln, das hat auch die bayerische Volkspartei getan. Sicher widerwillig, aber in der Erkenntnis des Gebotenen. Es ist zweifellos ein Verdienst der demokratischen Führung, daß sie in nimmermüden Verhandlungen dieses Ergebnis erreicht hat.

Da hätte die Sozialdemokratie den törichtsten Beschluß, den der Rabinettstag zu fordern. Er ging von den Leitern der Partei aus, die glauben, das Offen schmeiden zu müssen solange es noch warm ist und wußt nicht nur die Minister, sondern die bürgerliche Fraktion, sondern gegen ihre eigenen Mitglieder bezogen. Erschwerende das schon die Lage, so wurde die Rede Scheidemanns gegen Gelehr verhängnisvoll. Es ist an der Reichswehr sicherlich viel auszusetzen, und Gelehr wie Marx geben das an, als sie die Prüfung des ihnen überreichten Materials zulagen. Aber die Unterprüfung mußte abgewartet werden, und es war für Herrn Scheidemann nicht gerade sonderlich angenehm, daß der Kanzler öffentlich verächtete, ein Teil des Materials habe sich als falsch herausgestellt. Viel schlimmer aber war es, daß er auf die Ereignisse von 1921 bis 1923 einging. Wir hatten aus guter Kenntnis der Verhältnisse vor und erreichte damit nur, daß Wirklich sich nun zu der Politik dieser Jahre bekannte. Es waren Vorführmachtregeln gegen Polen, die Rathenau und Gelehr gefällig hatten. Der Angriff blieb auf offener Strecke liegen, nur konnten jetzt Herr Dr. Reich und Herr Dr. Scholz sehr vergnügt ihre Zusagen für Besprechungen nach links zurücklegen.

Es war ein Glück für die innerpolitische Entwicklung, daß die Deutschnationalen nicht klüger waren. Hätten sie durch Stimmenthaltung das Rabinett gestützt, so wäre ein Ruf nach rechts unermessbar gewesen. Graf Wolfart hatte wohl auch in seiner Besprechung mit dem

Die Bezugsgebühren für die  
**Mitteldeutsche Rundschau**  
sind fällig. Führe sofort die rückständigen Beträge ab.

Die Beträge für die  
**D. D. P.**  
sind fällig. Führe sofort die rückständigen Beträge ab.

Reichspräsidenten alles vorbereitet. Die Ablehnung des Senats, sich schon jetzt nach rechts zu binden, rief dann jene Entscheidung herbei, die den Sturz der Regierung zur Folge hatte. Es ist schwer, heute schon über die Neubildung zu prophezeien. Will man es mit der gebotenen Vorsicht tun, so wird man wohl zu dem Ergebnis kommen, daß nur eine neue Regierung der Mitte möglich ist und daß, wenn sie scheitert, nichts übrig bleibt, als die Wähler zu befragen. Eine Krise, die der notleidenden deutschen Wirtschaft höchst unangelegen kommt und uns in überflüssige Kämpfe verwickelt. So stellt sich vor Weihnachten die Lage dar. Trotzdem wird das deutsche Volk seinen Mut nicht sinken lassen. Es hat in diesem Aufstiege wenigstens einen Teil der Leiden überwunden, und seine innere Kraft bürgt dafür, daß es auch weiter emporkommt. In dieser Hoffnung wird man trotz allem das Fest begehen, das unter der Heiligschrift steht: Friede auf Erden.

### Zwei Austritte.

Von Erich Koch, Reichsminister a. D.

Im Laufe dieses Jahres haben der Reichslandtagspräsident Schacht und der Chefredakteur Theodor Wolff die Deutsche Demokratische Partei verlassen. Beides sind Männer, die an der Gründung der Partei beteiligt waren und sich für eine scharfe Abgrenzung der Partei nach rechts besonders einsetzt hatten. Beide betonten auch sehr, daß sie sich nicht von den Parteigrundgedanken entfernten, aber mit der Faltung der Partei in einzelnen Fragen nicht einverstanden sind. Mir scheinen ihre Aussagen klein gegenüber dem gemeinsamen Gut von Anschauungen, die uns zusammenhalten.

Herr Schacht verlangte scheinbar eine schärfere Haltung der Partei gegenüber den Bestrebungen auf eine entscheidungslose Entgegnung der Parteien. Die Partei hatte damals unter harter Heranziehung ihrer grundsätzlichen Bedenken gegen eine entscheidungslose Entgegnung ihrerseits keine Partei zu dieser Abstimmung ausgegeben, aber auch ähnliche Organisationen angehalten, keine Stellung zu nehmen. Dem sind die Organisationen nachgekommen. Ohne eine solche Haltung wäre die Partei ausgenommen worden, denn infolge der Verbitterung, die die Faltung der Parteien zu ihrer Wülfung und die Eingliederung der Angelegenheit im Reichstag hervorgerufen hatte, war sonst zu erwarten, daß trotz der ungeschickten und tabulativen Fragestellung, die dem Volkswahlrecht zugrunde lag, eine Reihe von Organisationen sich für die entscheidungslose Entgegnung ausgesprochen hätten, nur um zu verhindern, daß das andere Extrem zum Siege kam und die Parteien mit ihren maßlosen Unprüden sich durchsetzen. Herr Schacht ist bei seiner Stellungnahme in erster Linie maßgebend gewesen, daß der Kredit Deutschlands darunter leiden würde, wenn eine solche Maßnahme, die als ein Eingriff in das Privatleben gewertet werden könnte, beschloffen würde. Ich habe mich jetzt in Amerika davon überzeugen können, daß solche einzelnen europäischen politischen Maßnahmen dort viel zu oberflächlich beurteilt werden, als daß sie dauernd die Gemüter beeinflussen könnten. Nachdem jetzt ein Vergleich mit den Sozialisten zustande gekommen ist, der auf einer mittleren Linie liegt, ist die amerikanische Öffentlichkeit durch diesen Vergleich durchweg als einen Beweis dafür auf, daß Deutschland noch monarchisch gefolgt ist, und daß die Gefahr monarchistischer Wirren unmittelbar drohe. Auch diese Besichtigung wird nicht lange dauern und läßt sich leicht zerstreuen. Wenn Deutschland eine ruhige und vernünftige Politik macht, wird bald niemand an ein hochwichtiges oder monarchistisches Deutschland glauben. Die Notwendigkeit, wegen dieses einzelnen Vorfalls die Partei zu verlassen, kann ich nach wie vor nicht erkennen.

Aber auch die Notwendigkeit, wegen des Schunds und Schmutzgesches aus der Partei auszutreten, halte ich nicht als gegeben. Das Gesetz ist im Jahre 1919 aus sozialpolitischen Erwägungen in der Nationalversammlung gefordert worden. Der Entwurf ist dem Reichstag vorgegangen, ohne daß gegen ihn wesentliche Bedenken laut geworden wären. Reichsminister Kühl wäre bei seinem Amtsantritt gar nicht in der Lage gewesen, das Radikale zu veranlassen, den Entwurf zurückzugeben. Er hätte nur eine neue Krise herbeiführen können. Auch auf unsern Parteitag in Breslau im November 1925 ist im Kulturbund das Gesetz besprochen worden, ohne daß dort so schwerwiegende Bedenken laut geworden wären, daß dem Parteivorstand Proteste vorgegangen wären. Sinter dem Gesetz stehen nach wie vor wertvolle sozialpolitische Kräfte, namentlich die in der Jugendbewegung tätigen. Es ist immer ein Stolz unserer Partei gewesen, daß große Teile der hier führenden Kräfte, insbesondere diejenigen, die dem Nationalismus Partei angehören, der Deutschen Demokratischen Partei angehören. Auch unter diesen fünf würde ich nicht für sich nicht für das Gesetz erklären oder mindestens die Stimmen für geben. Auf der anderen Seite sind führende Persönlichkeiten der freien Beweise, von denen viele gleichfalls unserer Partei angehören, immer mehr als ererbte Gegner dieses Gesetzes hervorgetreten. Persönlich habe ich von jeher dem Gesetz gegenüber die Haltung eingenommen, daß es nur dann gerechtfertigt werden dürfte, wenn garantiert wäre, daß hochgehende und unparteiische Kräfte das Gesetz handhaben und daher die Sicherheit bestünde, daß es über den Rahmen seiner Absicht nicht hinausgehen würde. Diese Stellungnahme geht aus meinen liberalen Grund-

**Beamte!**  
Wer mocht Eure Interessen?  
Die Deutsche Demokratische Partei!

# Friede auf Erden!

Von Prof. Dr. Otto Baumgarten.

Wenn ich früher über die Weihnachtsbeschaftigung: „Friede auf Erden!“ zu reden hatte, müßte ich mich damit abquälen, die eng, rein innerliche und private Späße abzugeben, für die der Engelsgruß gedacht sei, während das öffentliche und internationale Leben unter einer anderen Form stehe. Solche Unterscheidung bewegte sich ganz in der Linie, die die gut kulturelle Tradition eingehalten hatte. Denn für sie stand es fest, daß in der öffentlichen, sozial und selbstständig herrsche, wie denn diese Welt nach Vordersatz Anspruch ein Gottsauß ist, in dem der Satan herrscht und all sein Unrat. So jag der Christenmensch sich zur Weihnachtszeit dieser Welt der sozialen und internationalen Politik zurück in das Heiligtum der Familie und des Herzens, über dem der Stern der Freude und des Friedens aufgehoben solle.

In den letzten Jahren wurde dieser stille innere Kreis doch allmählich erweitert: man hatte zu sehr die Abhängigkeit der inneren Herrschaft und der privaten Familienwelt von den Vorgängen in der weiteren Gesellschaft und Menschheit erfahren, um in allem Behagen sich zum Fest abzugeben zu können von „all dem Lärm da draußen“. Er klang doch zu vernünftig herein bis in die sinnige Weihnachtsstube. So dehnte man den Geltungsbereich der Weihnachtsbeschaftigung weiter und weiter aus. Zwar bei der Voraussetzung blieb man stehen, daß zwischen Privat, Gefühls- und Staats, Wirtschaft und Völkermoral, zwischen Moral und Politik durch die unermessliche Durchführung der Selbsterhaltung als ersten Gebots, in der letzteren eine Abkehr bestünde. Aber man sprach doch von einem Kulturziel der Moralisierung der Politik, der Überwindung des trafen egoismus des Klassen- und Nationalstaats durch das Eindringen des christlichen Geistes der Brüderlichkeit und der Gleichheit vor Gott. Krieg und Streit, Konkurrenzkampf und brutaler Wettbewerb muß zwar Gesellschaft und Zusammenleben der Völker immer wieder bedrängen. Aber im wohlgeordneten Eigeninteresse der einzelnen Stände, Stämme und Völker wird auch im Gebiet der Politik dem Geiste christlicher Nächstenliebe und Verschämtheit ein immer weiterer Spielraum geschaffen.

Es ist der Gewinn dieses Jahres und des großen Schrittes, der hier zum allgemeinen Völkerverständnis und zur Annäherung der Völker getan ist, daß unsere Weihnachtsbeschaftigung: „Friede auf Erden!“ einen ganz anderen Widerhall findet. Gerade in die Abwesenheit ist die Befestigung des Vertrauens zu der Reichsregierung des hohen Zieles von Genf, Locarno und Thoiry als ein die Zukunft erhellendes Stern hervorgetreten. Wir Friedenstrennende brauchen uns nicht mehr belächeln, zu lassen unübersehbare Utopien. Wir werden zu lassen und geben, daß der Weg zum Ziel noch lange und weit und von schweren Rückschlägen bedroht ist, wir werden sogar warnen vor übertriebenem Optimismus, der nur dem Positivismus, darauf sich der Militarismus und Nationen-

anschaungen, die sich manchmal gegenüber radikalen Parteifreunden als noch nicht überwinden zu verteidigen habe, herod. Vom Standpunkt der Demokratie allein würde man gegen eine staatliche Regelung oder Kontrolle gefügiger Fragen viel weniger einwenden können. Wie denn in der Tat auch in anderen demokratischen Staaten solche Eingriffe vorwährend stattfinden. Der Gesetzentwurf mit der Fei Heime zu vergleichen, habe ich stets für ein abenteuerliches Regiment gehalten, das sich aus der Unkenntnis über den Wortlaut des Gesetzes erklärt.

Wie sollte sich die Opposition gegen das Gesetz wirklich, daß die Partei die wertvollen Kräfte außerhalb und innerhalb der Fraktion, die für das Gesetz sind, unter Zwang stellt oder gar aus der Partei herausdrängt? Solche Ideen können nur in denjenigen Köpfen entstehen, die diese Ideen für so bedeutungsvoll ansehen, daß sie mit Anderen denken nicht mehr politisch zusammen zu arbeiten zu können glauben. Mir scheint es als die Pflicht aller derjenigen, die für die Partei und die Demokratie reden oder schreiben, Verständnis für die Gründe, die eine Seite bestimmen, zu finden und zu verbreiten. Statt dessen sehe ich an vielen Stellen eine aus Verständnislosigkeit für den anderen hervorgegangene Verbitterung, die eine Abkehr aufzuzureichen sich bemüht. Es ist möglich, Verständnis herbeizuführen, wenn sich der eine nicht lediglich als Vertreter der geistigen und der andere nicht lediglich als Vertreter der sozialen Interessen des deutschen Volkes stellt. Sollen sich auch noch die geistig und die sozial gerichteten Kräfte in Deutschland trennen, nur weil sie in einer einzigen Frage auseinander gehen? Haben beide nicht ohnehin Gegner genug? Was würde es für eine Parteigruppierung bedeuten, wenn man etwa Personen wie Frau Dr. Bäumer, Professor Schilling, Dr. Feuch als nicht im Besitze des ersten Ringes befindlich ansehen würden. Ich weigere mich, eine Partei zu führen, die nur eine einzige allein sichmachende Meinung lemt und Kehrriecherei gegen alle treibt, die von ihr abweichen.

Unzere nationalen, sozialen und demokratischen Grundzüge halten uns zusammen. Sie haben es uns ermöglicht, in den letzten sieben Jahren die Politik der Völkerverständigung, der Sicherung der Republik, der Erhaltung der deutschen Einheit gegen separatistische und partikuläre Gelüste und des sozialen Ausgleichs zu einer Zeit richtunggebend zu beeinflussen und ein Stück voranzutreiben, wo sich andere noch nicht zu diesen Gütern zu bekennen wagten. Sie werden uns auch in Zukunft in den großen Fragen zusammenhalten. Wenn aber in Einzelfragen die Partei gegensätzliche Meinungen nicht ebenbürtig zu ertren-

lismus gründet, Konflikt leistet durch die leicht auszunehmenden Enttäuschungen. Aber wir werden zurechtfinden und freudig zur Weisheit die Füge der Voten begrüßen, die über die Sorge zu uns kommen und Frieden verüben, weil der Krieg den Krieg, Schutzoll den Schutzoll, Kapitalismus den Kapitalismus geizt hat und Europa in Angestrengtheit des Unterganges des Abendlandes sich darauf bestimt will, was zu seiner Rettung dient.

Man darf auch darauf hinweisen, daß mit dem großen Friedenswerk zwischen den Nationen ein Friedenswert unter den Klassen der Wirtschaft auf die Bahn gestellt ist. Wir haben gerade Gestalt und Wurf des sozialen Friedensapostels aus Genf, Albert Thomas, auf uns wirken lassen. Was das internationale Arbeitsamt erstrebt, sich gründend auf das Statut des Völkerbundes, darf kein feines Papier, sondern eine bindende Marschroute der Sozialpolitik ist, was ist es anderes als der Wirtschaftsfriede, wie er bei allem Widerstreit der Parteien im Wirtschaftsprüfung doch die gemeinsamen Interessen aller Stände ist, die an einem menschenwürdigen Leben aller ihr Gesetz haben. Wer heute nicht hinter den Forderungen der Stunde zurückbleiben will, der muß die Weihnachtsbeschaftigung: „Friede auf Erden!“ als ein anerkanntes Grundgesetz für die Wirtschaftsordnung der Zukunft auslegen. Achtundbenntag, um nur das Wichtigste zu nennen, nicht als ein geistliches, Leben tödendes Gesetz, sondern als ein geistliches, Leben sagendes Grundgesetz der Menschenachtung! Und wer sich des Gesetzes befehen räumen will, der in der Krippe auf Herz und auf Stroh liegend und oben deshalb als unter Friede geliebt wird, der muß sich tapfer erheben dem Heer der Kämpfer für die soziale Gerechtigkeit, denn es gibt für den neuen Kulturgeist, der wir als eine Ausstrahlung des Weihnachtsgeistes betrachten, kein Inneres, kein Heiliges, kein Familienrecht mehr, das nicht hinausstrahlt in die äußere Welt und unsere Erde. Der kann keinen Zusammenleben der Menschen unterwerfen. Der kann keinen wahren Frieden mit Gott und seinem Gewissen und seinen Mitternächsten haben, der nicht Frieden zu stiften will, dessen führt auf den empörten Tränen der gefälltesten Menschheit. „Selig sind die Friederichter, die Friedensmacher, denn sie sollen Gottes Kinder heißen!“

Soll aber Volksfriede und Völkerverständnis keine bloße Phrase, keine klingende Schelle bleiben, so müssen die Menschen die Mahnung von Genf, Locarno und Thoiry als eine um jeden Einzelnen gerichtete Stimme der oberen Welt aufnehmen. Das klang durch Albert Thomas höchstwertiges Zeugnis hindurch: wir heißen euch Friedenlerlangens in Volk und Menschheit eure Seelen ganz erfüllen! Die Zweiteilung eurer Welt in innere, persönlich und in äußere, soziale und politische muß Platz machen dem einheitlichen Inneren eures ganzen Lebens unter das eine Gesetz: Friede auf Erden!

### Handelsminister Schreiber über die Gewerbesteuer.

Auf einer Tagung des Reichswirtschaftsausschusses der Deutschen Demokratischen Partei in Kassel hielt der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, eine Ansprache, in der er sich über die Steuerfragen und in besonderer über die notwendige Reform der Gewerbesteuer äußerte. Der preussische Handelsminister bewertete die Lage der Länder als besonders ungünstig, da diese nur mit der Einkommen- u. Körperschaftsteuer ein dem Konjunkturausgleich beteiligt seien, während das Reich eine Menge Konjunktursteuer noch die Gemeinden neben der Einkommensteuer u. Körperschaftsteuer hätten. Aber diese vielen kleinen Steuern verbreiterte der Minister sich besonders ausführlich. Er betonte die Ungerechtigkeit, daß dem kleinen Gewerbetreibenden nicht wie bei der Einkommensteuer eine Freilassung, etwa in der Höhe eines unteren Vermögenswertes zugestanden sei, er bezahle immer noch eine Ungerechtigkeitssteuer, die die Miet- u. die gewerbetreibenden Räume mit in die Gewerbesteuer eingerechnet wird, und daß auch die Schulden mit als Ertrag neuwertet werden müssen. Mit Entschiedenheit trat der Minister für eine Befreiung dieser Ungerechtigkeiten bei der Reform der Gewerbesteuer ein und kündigte Verbesserungen des derzeitigen Zustandes an. Sein Ziel ist, daß die Gewerbesteuer als einfacher Zuschlag zur Einkommensteuer umgestaltet wird. Man verbreiterte sich Dr. Schreiber über die Hauszinssteuer, die zur Zeit zur Befreiung der Wohnungsmacht noch nötig ist, aber er setzte sich dafür ein, daß bei der Festlegung ihrer Höhe die

**Demokraten!**  
Schließt Euch der  
Deutschen Demokratischen Partei an.

male Abschreibung für die Gebäude mit eingerechnet sein soll. Zur Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben ist eine Nationalisierung der Verwaltung ähnlich wie bei der Wirtschaft erfolgt ist, für nötig.

Die allgemeine Lage beurteilt der preussische Minister Handel und Gewerbe mit einem gewissen vorsichtigen Optimismus. Wir werden auch weiter, so schloß er, ungleich schwere Steuern müssen, aber trotz alledem werden wir uns vorwärts entwickeln. Diesen Glauben haben wir, wenn der Wiederaufbau gelingen soll.

**Parteinachrichten**

**reaktionäre Geist der Wirtschaftspartei.**  
Die Tagung des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei (Mittelstand) enthielt die von neuem das wärts gerichtete Gesicht dieser Gruppe. Von führenden Stelle wurde betont, daß die Wirtschaftspartei auf dem Boden der Sammlung aller bürgerlichen Elemente zur Einheitsfront gegenüber dem Marxismus (heute die Auffassung) noch begehrt sein vom Standpunkt des nationalen Hoffierkranten. Unschickbar aber ist, welches Inse die der kleine Handwerker, Gewerbetreibende und Arbeiter daran hat, die Arbeitererschaft durch eine reaktionäre Bürgerpolitik zu entziehen und wirtschaftlich zu unterdrücken. Denn der Arbeiter ist der hauptsächlichste wenn nicht der einzige Abnehmer der von ihm angebotenen Ware. Jeder Druck auf das Lohnniveau trifft aufrecht den Mittelstand, alle sozialen Unruhen, die durch entwerfende Maßnahmen verursacht werden, ziehen in erster Linie in Mitleidenhaftigkeit. Nicht der Kampf in die Arbeitererschaft, sondern ein gerechter Ausgleich profitiert allein dem wohlverstandenen Interesse des Mittelstandes.

**Anerkennung der Reinhold'schen Finanzpolitik durch die Nationalisten.**

Im Haushaltsausschuß brachte am Donnerstag der vordemte Bericht in einer Aussprache zur allgemeinen anspocht die Meinung der Nationalisten dahin zu Ausdruck, daß sie sich in der Beurteilung der Finanzpolitik des Reiches getäuscht und daß die Erwartungen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold sich erfüllt haben, was ihrer Auffassung nach allerdings in erster Linie auf den englischen Kohlenarbeiterstreik zurückzuführen sei.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gab darauf ein jeres Exposé über die Finanzlage. Er wies darauf hin, die Anforderungen des Nachtrags Etats trotz ihrer unübersichtlichen Höhe im allgemeinen nur zwangsläufige Leistungen der vom Reichstag und von der Regierung schon her gefassten Beschlüsse darstellten. Die formale Bestimmung des Haushaltsjahres, wonach die Anleiheermäßigung nunmehr nahezu eine Milliarde Mark beitragen würde, dürfte nicht überhöht werden. Es sei bisher noch einmal notwendig geworden, den Schatzwechselkredit Anspruch zu nehmen; eine Reichsanleihe würde in die Kalenderjahr bestimmt nicht mehr, voraussichtlich auch bis Ende dieses Rechnungsjahres aufgenommen. Es ließe heute keines Nachweises mehr, wie erspriehtlich für

die deutsche Wirtschaft sein Vorgehen gewesen sei, die bei seinem Antritt vorgefundene Geldfülle der Reichskasse in produktives Arbeitkapital umzuwandeln.

**Das politische Ziel der Wirtschaftspartei.**

In einer der üblichen Steuerprofessorenversammlungen, die von der Deutschen Wirtschaftspartei unter Mithilfe der Innungen abzu werden pflegen, hat Abgeordneter Drewnig am 15. November in Altona wörtlich das folgende gesagt: „Der Fehler unserer Entwick-

**Die nächste Nummer erscheint am Freitag, den 31. Dezember. Redaktionsschluß Mittwoch, den 29. Dezember, abends 6 Uhr.**

lung liegt darin, daß die Koalitionen, die seit 1919 im Reich regiert haben, aus den Vertretern der Besitzenden und der Besitzlosen zusammengesetzt sind, daß man es also nicht zu einer Scheidung derjenigen, die etwas zu verlieren haben, hat kommen lassen.“ Der Rädermeister und Reichstagsabgeordnete Drewnig füht sich als Vertreter derjenigen, „die etwas zu verlieren haben“ und verlangt die Abschaltung der Besitzlosen, d. h. der Handwerker vom Staat und von der Verantwortung im Staats. Er proklamiert damit den Besitzbürgerstand und die Klassenerschaft der Wohlhabenden. Herr Drewnig ist der Vorsitzende der Wirtschaftspartei und zugleich Mitglied der Liberalen Vereinigung. Er ist also kein reaktionärer Mann innerhalb seiner Partei, auch eher auf dem linken als auf dem rechten Flügel. Wenn er schon den linken Fortschritt, den aus der republikanische Staat gebracht hat, nämlich die Heranziehung der breiten Massen zur Verantwortlichkeit vermeint, so dürfte an der politischen Marschrichtung der Wirtschaftspartei, die sich bisher in politischer Beziehung möglichst zurückgehalten hat, kein Zweifel mehr sein.

**Die Hilfsaktion für die Beamten.**

Die beschlossenen einmaligen Zulagen betragen für Beamten, Wartegelds- und Ruhegehaltsempfänger, Beamtenhinterbliebenen und Angestellten der Gruppen I-IV eine Zuwendung in Höhe von einem Viertel des ihnen für Dezember 1926 zuzuführenden Monatsbezuges, den Beamten, Wartegelds- und Ruhegehaltsempfängern usw. der Gruppen V-XII eine solche in Höhe von einem Fünftel des Monatsbezuges, mindestens aber

- a) den Ledigen 30 Mark
- b) den Empfängern eines Frauenzuschlages 50 Mark
- c) den Empfängern von Kinderzuschlägen und Kinderbeihilfen außerdem je 5 Mark, den Vollwaisen insgesamts aber 10 Mark,
- d) den Ledigen 60 Mark
- e) den Empfängern eines Frauenzuschlages 80 Mark
- f) dazu Kinderzuschläge je 5 Mark, den Vollwaisen ins-

gesamt 15 Mark, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein Viertel der ihnen für Dezember 1926 zuzuführenden Beträge.

Außerdem wurde ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, den Mitarbeitern eine einmalige Beihilfe in dem Ausmaße wie den Kriegsbeschädigten zu gewähren. Die einmalige Notstandsbeihilfe für die Reichsbeamten findet auch auf die Arbeiter des Reiches Anwendung.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß auch die Reichsregierung an diesem Vorhaben keine Freude habe und lieber eine endgültige Regelung gesehen hätte. Die Reichsregierung werde alles daran setzen, die Besoldungsneuregelung so schnell zu fördern, daß sie im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich durch kommt. Das gegenwärtige Jahr der Wirtschaftskrise habe die beschlossene Besoldungsneuregelung verhindert, ebenso den endgültigen Finanzausgleich. Daher sei diese Ausnahmebesoldung für dieses Jahr noch einmal nötig. Sie dürfe aber keineswegs als Weihnachtsgeld angesehen werden. Weiter könnten auch andere Gruppen aus diesen Notmaßnahmen für die Beamten keine Folgerungen ziehen, auch nicht die Arbeiter, da diese unter den Tarifverträgen stehen und im Laufe des Jahres bereits aufgebessert seien. Die Folgerung der Arbeiteraufbesserung im Zusammenhang hiermit sei für die Länder und Gemeinden unüberschaubar. Ein Hinausgehen über die Gruppen VII-XII sei dringend notwendig. Die große Arbeitslast, die auf die Beamten drückt und freudig von ihnen getragen werde, erfordere aus menschlichen Gründen, daß den Beamten auch eine psychologisch zu wertende Aufmunterung zuteil werde.

**Unter falscher Flagge.**

**Das Schreiben des Abgeordneten Erтелен.**

Der Verband rheinischer Haus- und Grundbesitzer hatte den Reichstagsabgeordneten Erтелен zu einer Protestkundgebung eingeladen, bei der die Abgeordneten Dr. Brodt und Dr. Jörissen, die der Wirtschaftspartei angehören, sprechen sollten. Erтелен hat daraufhin an die Veranstalter ein Schreiben geschrieben, in dem es u. a. heißt: „Die Auswahl der Redner zu dieser Tagung beweist, daß es sich bei dieser ganzen Kundgebung um eine verfeinerte Agitationsoberflächung für die Deutsche Wirtschaftspartei handelt. Ueberhaupt macht man seit langer Zeit die eigenartige Erfahrung, daß Hausbesitzereverbände, Innungen und ähnliche Organisationen, die sich an sich aus Mitgliedern der verschiedenen Parteien zusammensetzen, einseitig Stellung nehmen zugunsten der Wirtschaftspartei. Damit verstoßen diese Organisationen den Boden der parteipolitischen Unabhängigkeit, auf dem sie bisher gearbeitet haben und machen sich zu einem Werkzeug einer einseitigen politischen Partei. Ob das im Interesse der von diesen Organisationen vertretenen Wirtschaftskreise liegt, müssen diese Kreise selber entscheiden. Ich persönlich bin der Meinung, daß der Mittelstand am allerhöchsten dabei fahren wird, wenn sich das deutsche Parteimein in Klassenparteien auflöst. Bei dieser Klassenpartei-Gruppierung ist der Mittelstand der schwächste, und er wird dabei notgedrungen unter die Räder kommen. Aber darüber nachzudenken, und zu entscheiden ist Sache der weiteren Kreise des Mittelstandes. Für meine Person muß ich es mir entschieden ablehnen, bei

**◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆**

**Weihnachtsgeschenke**



**„Siegfried Cohn“**

**WEBEREWAREN BREITENWEG 58/60**

**„PRAKTISCH! PREISWERT!“**

**Zur Silvesterfeier**

**1a prima Schöffen und Holländer Heringe, sowie Kapern, Perl-Zwiebeln, Senf- u. Pfeffer-Gurken, Majonaisen, sowie fertigen Fleisch- und Heringssalat.** Außerdem: **sämil. Fischmarinaden.**

**Wilhelm Siedentopf**  
Gr. Münzstr. 9. Fernruf 3288.

Am 4. Jan. 1927 beginnen

**BRUCKS**

Erfolgr. Ausbildung in allen kaufm. Fächern in der Kaufmann-Privatschule von **WV. Bruck, Magdeburg.**  
Köln, Str. 1 Fernr. 1242  
Pros. u. Ansk. unverbindl.

**Abend-Unterricht**

**Sprachschule der „1000 Worte“**

Eine Klasse für sich sind meine stadtbekanntes hiesigen und bayrischen

**„Frisch vom Faß“**

**Biere** „Siphons“ stets

Liefere überallhin frei Haus.

**Biervertrieb H. Dengel**  
Peter Paulstraße 3  
Ruf 7722. Ruf 7722.

**Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“**

Bes. Ad. Thurnagel.

**Franz Pützkühl**

Empfehle: Hüte, Mützen, Schirme, Wäsche, Krawatten, Stühle, Handschuhe, Hofentwürfe.

**Magdeburg - N., Lübecker Straße 120.**



einer solchen einseitigen Agitation des Verbandes rheinischer Haus- und Grundbesitzer entgegen zu stehen, indem ich zu solchen Veranstaltungen erlaube. Alle Abgeordneten und Führer der Demokratischen Partei sind gerne bereit, die Interessen des Mittelstandes wie bisher, so auch in Zukunft in weitestgehendem Umfang mit zu vertreten. Sie haben in dieser Richtung unergelblich mehr Erfolge aufzuweisen als die sogenannte Wirtschaftspartei, die das gesamte Steuerprogramm des früheren Finanzministers Dr. Schlieffen in seiner unzulässigen Höhe durch ihre Stimmen zur Annahme gebracht hat. Sie hat ebenso der Vermögenssteuer und allen anderen Steuern, die damit in Zusammenhang stehen, zur Annahme verholfen. Wenn sie einerseits diesen Steuern im Reichstag zur Annahme verhelfen und andererseits im Lande eine Agitation gegen die Auswirkungen dieser Gesetze betreibt, dann begeht sie

eine Unehrlichkeit, die sich gerade an den Kreisen des Mittelstandes am allerschwersten rächen muß."

Gegen die Plünder im Baugeschäft.  
Demokratische Anfrage.

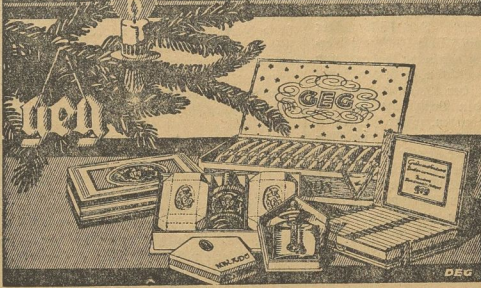
Die Demokratische Fraktion im Preussischen Landtag hat die nachstehende kleine Anfrage eingekracht:  
"Nachdem öffentliche Gelder (Kredite, Darlehens- und Arbeitsbeschaffungsstellen) durch Reich, Länder und Gemeinden zur Belebung des Arbeitsmarktes, im Baugeschäft verwendet werden, haben sich außer den früher bestehenden Baugenossenschaftlichen Gesellschaften gebildet, die nicht von Fachleuten geleitet werden und die Bauaufträge zu erhalten suchen und das wirkliche Baugeschäft schädigen."

Während früher Maurermeister und Bauunternehmer mit gemischtem Betrieb den Häuserbau ausübten, haben sich an vielen Orten Nichtfachleute des Baugeschäfts bemächtigt. Dasselbe gilt für Uebertragung größerer Reparaturen, die durch Vergabe von Hauszinsen erzwungen ermöglicht werden.

Es ist erwünscht und im Interesse des Staates gewesen, daß der Häuserbau den Fachleuten wieder zugeführt wird, die ihn früher sachlich einwandfrei geleitet haben. Bei Reparaturen müßten die einzelnen Handwerker jetzt wieder unmittelbar die Ausführung übertragen erhalten.

Wir fragen an, ob das Staatsministerium bereit das Nötige zu veranlassen?"

## Für die Weihnacht



## G. E. G. = Zigarren

Spezialität	8,-	Denarius	10-Stück-Packung	1.50
Nr. 2 Sumatra-Brasil	10,-	Extramärke	feines Aroma	12,-
Nr. 11 Sumatra-St. Felix	12,-	Nr. 24 Sumatra-St. Felix-Havanna	leicht, hochfeines Aroma	20,-
Nr. 13 Sumatra-St. Felix kräftig	12,-	Nr. 30 Sumatra-St. Felix-Havanna	solide Form, hochfeine Qualität	35,-
Nr. 53 Spezialmarke	12,-	Zigarillos	Handarbeit.	7,-

### Unsere Schlager:



Nr. 110

10 Pfg.



Nr. 112

12 Pfg.



Nr. 115

15 Pfg.

Zigaretten G. E. G. (Arbeiter-Sport) 2 1/2 bis 5

## G. E. G. = Rauchtobake

Grobschnitt Nr. 20	50 Pfg.	Virginia-Shag Nr. 120	30 u. 70 Pfg.
Mittelschnitt Nr. 50	25 u. 50 Pfg.	Virginia-Shag Nr. 310	40 Pfg.
Feinschnitt Nr. 80	30 Pfg.	Armatha Nr. 340	60 Pfg.
Feinschnitt Nr. 90	80 Pfg.	Schwarzer Krauser	35 Pfg.
Gold-Shag Nr. 100	40 Pfg.	Holländer 1/2 Pfd.-Paket	100 Pfg.
Hamburger Shag Nr. 110	30 u. 60 Pfg.	Hegerdorf 1/2 Pfd.-Paket	63 Pfg.

Hamburger Feinschnitt 1/2 Pfund-Paket 100 Pfg.

Erhältlich in allen Verteilungstellen des

# Konsum

= Vereins für Magdeburg und Umgeg.  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

## Salzquelle

Jeden Sonntag:

## Konzert

Anschließend

## Tanzkränzchen.

## Wilhelm Kobell's

ff. Wurstwaren

ff. Fleischwaren

Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fabr.

## Magdeburg

Bärplatz Fernruf 7282

## Auf Teilzahlung

Herren- und Damen-Konfektion  
Wäsche,  
Manufakturen  
Schuhe :: Pelze  
**S. Margulies**  
Breiteweg 80/81

Freund!  
Werbt Leser!

Ich bin beim Amts- und Landgericht Magdeburg als Rechtsanwalt zugelassen.

Dr. jur. Victor Beyer  
Rechtsanwalt

Wir haben uns zur gemeinschaftlichen Ausübung der Rechtsanwaltspraxis verbunden.

Unsere gemeinschaftlichen Büroräume befinden sich in den bisherigen Büroräumen des Rechtsanwalts Abraham, Breiteweg 271, I.

Max Abraham Dr. jur. Victor Beyer  
Rechtsanwalt und Notar Rechtsanwalt

## Büroräume gesucht

möglichst Zentrum und gute Verkehrslage.

Benötigt werden zwei kleinere Büroräume und ein größerer Raum, der für kleinere Sitzungen und Besprechungen geeignet ist. Zentrale Lage erwünscht. Auch Räume, die von einer großen Wohnung abgetrennt werden können, kommen in Frage.

Umgehende Offerte an die Deutsche Demokratische Partei Magdeburg, Breiteweg 139/140

## Zu Silveste

empfehle  
ff. Spritz- und Pfannkuchen  
Ab 4 Uhr nochmals frische Brötchen  
**K. Wassertha**  
Kutscherstr. 6, Ecke Georgenstr.

Allstädter Bürgersäle  
Apfelstr. 9. Fernspr. 677  
Inhaber Ferd. Preuß



Säle

Vereinszimmer  
Speiserestaurant

## Demokraten!

Beitritt Euch an dem  
Stammtisch  
jeden Dienstag ab 8 Uhr im  
Hotel Weisser Bär.

Bauern und Kleinbauern  
Pächter und Siedler  
verlangt die

Deutsche Bauernzeitung

Probefrühe kostenlos.

Reichsverband Landwirtschaft  
Klein- und Mittelbetriebe,  
Berlin N. 24, Monbijouplatz

Kaufe  
im  
Konsum-Verein

Wir fertigen

Druck  
sachen  
für jeden Bedarf  
schleunigstens an  
Buchdruckerei  
**Hugo Alpers**  
Deitzsch.  
Fernruf 466.

D. D. P.  
Fernsprecher  
8095

inserieren  
bringt  
Erfolg

# Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 52

Halle (S.), den 24. Dezember 1926

2. Jahrgang

## Zum Doctmunder Schulkstreit.

Abgeordneter Dr. Bohner hat in der 227. Sitzung des Landtages zur großen Anfrage des D. Dr. von Campe Stellung genommen. Seine Ausführungen lassen wir nach dem Sitzungsprotokoll folgen.

Dr. Bohner, Abgeordneter (D.-Dem.): Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn der Herr Minister nachträglich diesen Fall überhört und vielleicht sein Vorgehen mit dem Vorgehen seines Amtsvorgängers vergleicht, dann wird er eine bestimmte Erkenntnis finden. Der Herr Minister hat uns hier vorgetragen, daß unter seinem Amtsvorgänger, wenn ich nicht irre, die drei öffentlichen Schulkstreite erannt worden sind, jedenfalls, daß die Widersprüche gegen die Ernennung von Herrn Nischale nach Bartenstein von seinem Vorgänger zu dem Akt geschrieben worden sind. Ich glaube, daß der Herr Minister daraus vielleicht die Lehre nehmen darf, daß man absolute Gerechtigkeit nicht immer geben kann, und daß beim Suchen nach Gerechtigkeit doch immer das Wort von Klopstock gelten wird: „Sei nicht alku gerecht!“ Wenn der Einspruch des Oberkirchenrats aus verfassungsmäßigen Bedenken zurückgewiesen und im übrigen alles zu dem Akt geschrieben worden wäre, wie von dem Amtsvorgänger des Herrn Ministers, vielleicht wären wir dann in diesem Fall auch etwas ruhiger von der Sache weggegangen.

Man habe ich den Zwischenrufen der Volkspartei entnehmen, daß der Hauptstreit in der ganzen Sache Paritätssagen sind. Ich darf zunächst erst etwas zur Parität sagen. Auch wir wissen, daß gerade im Westen der protestantische Bevölkerungsteil schwere Klümmernisse durchgemacht. Trotzdem haben wir auch dort unsere Freunde gefragt, daß man sich auch im evangelischen Bevölkerungsteil über die Veränderung in den Dingen klar werden muß, daß das enge Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Staat, das früher bestanden hat, heute nicht mehr vorfindbar ist, und daß sich daraus eben heute gewisse Veränderungen ergeben, und daß vielleicht auch früher ein Wille zur Unparteilichkeit, gewisse evangelisierende Tendenzen bestanden haben, die im heutigen Staat unmöglich sind. Wir werden aber selbstverständlich diesen Dingen dauernd unsere Aufmerksamkeit zuwenden, und wir werden bestrebt, auch dem evangelischen Bevölkerungsteil zu seinem Recht zu verhelfen. Wir bedauern aber, daß man jetzt in den Kreis Dortmund-Land die Beurlaubung hineingetragen hat, indem man behauptete, es handele sich um die Frage Parität oder Unparteilichkeit. Die Frage, ob ein öffentlicher Schulkstreit über katholische Schulen die Unparteilichkeit kann, ist grundsätzlich für uns erledigt. Ich beziehe mich auf die Ausführungen des Abgeordneten Gottwald. Wir haben es aber auch vorher gesagt. Wir brauchen nur auf Ostfriesland und Ostpreußen hinweisen. Wir haben unsere Freunde im Kreise Dortmund, die diese Unparteilichkeit mit verwirren, Aufklärung gegeben und ich glaube, daß darauf wenigstens unter unseren Freunden Berücksichtigung eingetreten ist; es ergibt sich das, was ich annehme, auch aus der Erklärung des Westfälischen Lehrervereins.

Wir scheint, daß Herr Meyer (Herford) in besonders schwieriger Lage war. Denn die Ernennung war ja von seinem Parteifreund vollzogen, und wenn wir überhaupt den Staatszusammenhang wahrnehmen wollen, so kann sich unmöglich eine Partei unter dem Nachfolger eines ihrer Parteifreunde gegen das wenden, was dieser ihr Parteifreund als Minister getan hat. Da geht jeder Staatszusammenhang verloren. Gerade in einem jungen Staate haben wir die Aufgabe, auf diesen staatlichen Zusammenhang zu achten. Wir haben auch alle, die wir Herrn Meyer (Herford) zuhören, ein lautes Empfinden nicht unverständlich können: wir müssen bedauern, wenn in der Volkspartei Tendenzen auftreten, die im Grunde Schlichter enger kirchlicher Richtungen in der evangelischen Kirche sein wollen oder gar nur von Kampfe gegen die die katholische Kirche leben. Dies erscheint uns beides nicht liberal. Wenn man sich so oft auf den alten Liberalismus beruft, mußte man da eine gewisse Vorsicht zeigen.

Herr Delse war bestrebt, sich vorsichtig auszubilden; aber im großen und ganzen war doch der Tenor seiner Ausführungen der, daß ein Diffident ein Altschulstreit ist. Ich glaube, daß das Gefühl, das aus den Reihen der Deutschnationalen kam, als Herr Becker die Persönlichkeit Nischales nach dieser Richtung hin verteidigte und hervorhob, daß Herr Nischale kein Altschulstreit, bezeichnend ist. Ich glaube auch, Sie müssen wissen, daß, wenn sich jemand als Diffident bekennet, er religiös nicht gleichgültig ist. Wer religiös gleichgültig ist, sucht diese Schwereigkeiten nicht. Wir kam die Art, in der Herr Delse auch noch eine Entwicklung: katholisch-evangelisch-schlichter der Karriere halber beleuchten wollte, nicht würdig ist. Herr Delse müßte die Gehörigkeit des Wortes Diffident kennen. Er ist aus dem Osten und müßte aus den langen Kämpfen in Polen wissen, was Diffidententum für die evangelische Kirche bedeutet hat, und daß müßte die evangelische Kirche warnen, gegenüber Diffidenten leichtfertig vorzugehen und vor allem solche häßlichen Unterstellungen, wie sie aus den Ausführungen des Abgeordneten Delse flangen, müßten vermeiden.

Herr Delse hat allerdings Worte zur Verteidigung des Schulkstreits gefunden. Es waren zwar vorläufige Definitionen; aber im Grunde war es eine Verteidigung des Schulkstreits. Frau D. von Tilling ist vielleicht etwas

davon abgerückt. Herr Delse, zweifellos ein geschickter Mann, wird doch auch wissen, was man einen Schulkstreit aufsieht. Ich habe das Blatt, in dem die evangelischen Eltern zum Schulkstreit in Hulen aufrufen. Wenn man nur die Unterschriften liest: Stolter Friedrich Hartmann, Birropfsteher Boß, und sich dann darüber orientiert, daß das diesseitigen Leute sind, die die Personalpolitik für die dortige Zeche und damit die wirtschaftliche Macht ausüben, dann weiß man, wieviel abhängige Existenzen in den Schulkstreit mit hineingezogen werden,

## Deutsche Demokratische Partei

### Große Mittelstands-Tagung

Sonnabend, den 15. Januar nachmittags 2 Uhr

### Delegierten-Tagung

im Festsaal des Preussischen Landtages Prinz Albrechtstr. 5

1. Der gewerbliche Mittelstand und die Parteien. Referent: Geschäftsinhaber Bill-Hamburg, M. d. R.
2. Aussprache
3. Die Steuerpolitik des Reiches und der gewerblichen Mittelstand. Referent: Reichsminister Dr. Reinhold
4. Mittelstandsarbeit in den Ländern. Referent: Fischterehobenermeller Knieß-Kassel, M. d. R.
5. Aussprache

Abends 8 Uhr:

Abend im Demokratischen Klub, Viktoriastr. 24

Sonntag, den 16. Januar vormittags 10 1/2 Uhr

### Große Mittelstands- und Arbeiter-Tagung

„Die Stellung des gewerblichen Mittelstandes im heutigen Staat“

Leitung und Eröffnungsansprache: Maternstr. Köntze-Berlin

Ansprachen der Herren

- Preuß. Handelsminister Dr. Schreiber  
Gastwirt Goll-Frankfurt a. M., M. d. R.  
Fischnermeister Henne-Fribingen, M. d. Wittg.-L.  
Schulnotar Dr. Hermann Fischer-Köln, M. d. R.

Wir bitten die Parteifreunde, recht zahlreich an dieser hochwichtigen Tagung teilzunehmen. Eintrittskarten durch die Bezirksgeschäftsstellen

Magdeburg, Breiteweg 139/140  
Halle a. S., Leipziger Straße 21

die durchaus keine Lust haben, diesen Schulkampf mitzumachen (Sehr richtig! bei den D.-Dem.) und daß schon ein sehr großer Mut dazu gehört, wenn in diesem Ort zum Beispiel von 340 Kindern sich nur 140 am Schulkstreit beteiligen.

Die Ausführungen der Frau D. von Tilling haben dann noch Harer gesagt, wozu in der Weg gehen soll. Man will die Staatsanwaltschaft gemäßigter aufheben, man will die Konfessionelle, die kirchliche Schulaufsicht. Darüber war sich jedermann klar, der der Rede der Frau D. Tilling zugehört hat. (Sehr richtig! bei den D.-Dem.) Glaubt die evangelische Kirche, die immer einen großen Wert auf die Mündigkeit ihrer Glieder gelegt hat, wirklich, daß sie sich auf dem richtigen Wege befindet, wenn sie uns dauernd kräftig gängeln will, und wenn sie Aufgaben zurücknehmen will, die heute längst, ohne die evangelische Kirche zu schädigen, von Laien übernommen werden, die selbstständig dastehen. Wir scheint, daß man schon heute in dem, was die Kirche von der Schule zu verlangen hat, oft recht bedenklich weit geht. Sehr interessant war mir zum Beispiel die dieser Tage erfolgte Einführung des neuen Superintendenten in Dels — das ist dort ein Herr Bahl, der sich da als eine Art Hofprediger des Kronprinzen etabliert hat. Warum hat er seine Einführung nicht am einen Sonntag verlegt? Warum müßte sie an einem Wochentage stattfinden? Warum müßte an diesem Wochentage der Unterricht ausfallen, warum müßte an diesem Tage den Lehrern freigegeben werden usw.? Man muß sich nur noch die Form ansehen, in der diese Einführung erfolgt ist, dann sieht man, wie weit liberal der Anspruch, die Schule gehöre der Kirche, heute schon geht.

Wir haben heute jovielle Aufforderungen bekommen, das Reichsschulgesetz zu machen. Man weiß ja nie, wie weit diese Aufforderungen ernst gemeint sind. Ich traue mir an die Auseinandersetzung zwischen Herrn Spahn und seinen vielleicht früheren Freunden im Zentrum zu erinnern. Da weiß ich, daß über den Wert solcher Aufforderungen sehr verschieden gedacht werden kann. Charakteristisch scheint mir aber doch die Antwort, die dem Herrn Gottwald aus den Reihen der Volkspartei über die Gefahr entgegenbrachte, die entsteht, wenn man die Schule dem Staate nimmt und der Kirche überantwortet. (Abg. D. Dr. von Campe: Davon denkt doch kein Mensch!)

— Ja, Sie denken nicht daran, aber andere tun es, und es wird sich eben darum handeln, wie weit sie durchkommen. (Jurist rechts.)

Wir scheint das, was D. Frau v. Tilling gesagt hat, doch mehr zu sagen; mir scheint, daß das doch das Entscheidende sein wird. Ein Reichsschulgesetz, das dem Staate nicht läßt, was ihm gehört, werden Sie nie machen können. Es gibt Dinge, über die man sehr viel schreiben und die man jahrelang beraten kann, und die doch unmöglich sind; denn dann stehen auch Volksteile auf, die sonst zu bequem sind, vielleicht auch manchmal nur der Lärm nicht lieben und sich daher zurückhalten, die sich aber, wenn es ernst wird, doch wehren, und die das verstehen werden, was Sie wünschen, und wozu Sie heute das Beispiel lieben. (Bravo! bei den D.-Dem.)

Anmerkung der Red. Der Schulkstreit ist inzwischen beendet. Die Staatsautorität blieb Sieger.

## Parteinachrichten.

### Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Ausschuss). Die nächste Sitzung wird voraussichtlich erst im nächsten Jahre stattfinden.

D. D. P. (Stammteil). Dienstag, den 28. Dezember, abends 8 Uhr Hotel „Kaiser Bar“, Weinstraße 6. Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Stammtisch zu beteiligen.

### Letzte Nummer im Monat.

Die heutige Ausgabe ist die letzte im Monat Dezember. Wir bitten alle Freunde, denen wir bisher einen kostenlosen Probebezug geliefert haben, sofort beim zuständigen Postamt für den Monat Januar unsere Zeitung zu bestellen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Die Belieferung durch unseren Verlag erfolgt nur im Quartalsbezug und die Bezugsgebühren sind einschließlich der Bestellgebühren in Höhe von 2,25 Mark im voraus einzufassen.

### Bezirk Magdeburg.

Das „Wächterchen“, Vereinigung der „Elbwaicher“, das „Verantwortungsbewußte“ Blättern der völkisch-nationalen Kreise Mitteldeutschlands schreibt seit Wochen gegen den demokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Bohner. An sich könnte man die Sache auf sich beruhen lassen, wenn die „Elbwaicher“, die für sich die „Wahrung des Tones“ so sehr im Anspruch nimmt, objektiv bliebe. Das ist natürlich nicht der Fall. Es wird in der sensationellsten Art einfach etwas geschrieben, ganz gleich, ob an der Sache etwas wahr ist. Man hat eben das Bedürfnis, gegen den Demokraten loszukommen. Jeder anständige Bürger weiß, was von der Sachlichkeit der „Elbwaicher“ zu halten ist. Es mag gewiß Kreise geben, denen die Tonart der „Elbwaicher“ gefällt und die persönlichen Angriffe lieben und aus diesem Grunde begierig nach diesem Standaalblättern greifen. Gerecht denkende Menschen haben darüber eine andere Meinung. Der Raum unseres Blattes ist uns zu schade, um auf alle

## D. D. P. Magdeburg

Die nächste Aussprache findet

Sonntag, den 9. Januar vorm. 11 Uhr in der Freundschaftsaal

diese persönlichen Verunglimpfungen einzugehen. Wir möchten nur erklären, daß unser Abgeordneter, Herr Dr. Bohner, durch diese Kläfferei der „Elbwaicher“ nicht beleidigt werden kann. Die „Elbwaicher“ late wirklich gut, eine andere Beile aufzugeben, damit sie den Schmutz in den eigenen Reihen löst. Hier findet sie Arbeit in Hülle und Fülle, und sollte ihr Gedächtnis fei verlassen, dann sind wir gern bereit, etwas nachzugeben.

### Wer hat bezahlt?

Um Einbindung der fälligen Bezugsgebühren und Beiträge wird freundlichst ersucht.

Eingegangene Gelder: Sp.-Erlöse 3,40, R. A. Ferkelnd 7,06, Markt, R. A. Jodendorf 5,10, Markt, E. D. Büden 11,—, Markt, E. S. Wöhring 11,—, Markt, R. B.-Burg 3,40, Markt, G. L. Burg 3,40, Markt, D. W. Genthin 3,—, Markt, E. Sch. Gede 12,—, Markt, M. B. Burg 5,20, Markt, R. St. Genthin 10,—, Markt.

## Bezirk Halle.

### Ein klares Wort der Demokraten zum Stadtkanzler.

Halle. Seit Monaten standen die Debatten über die Stadtkanzlerfrage in den Stadtverordnetenversammlungen an erster Stelle. Aber wenn man die Beobachtung richtig fasst, dann hatte man in der Bürgerpflicht das Gefühl: Hier kommt etwas nicht. Mit dem Radikalismus der Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich hierbei einander den Rang streitig zu machen suchten, ließ sich nichts anfangen. Anträge und Entschlüsse, die in erster Linie auf ihre propagandistische Wirkung für die Partei abgesehen sind, werden in der Praxis immer über jedes Maß und Ziel hinausgeschoben. Das war auch hier der Fall, und das hat die Bürgerpflicht sehr wohl gemerkt und eingesehen. Aber ebenso unbefriedigt liegen sie diejenigen Entschlüsse und Maßnahmen, die zur Kennzeichnung der Verantwortlichen von dem sogenannten Ordnungsblok ausgingen. Bei Dingen, die von so schwerwiegenden Folgen für die gesamte Bürgerpflicht begleitet sind, wie es bei dem Stadtkanzlerfall der Fall ist, bei Nachlässigkeiten oder Verfehlungen, die einem unglücklich leuchtigen Umgehen mit öffentlichen Geldern entspringen, müssen Verhältnisse und auch Personen mit klaren Worten gekennzeichnet und mit Namen genannt werden. Das muß die Bürgerpflicht gerade von denjenigen ihrer Vertreter erwarten, die sich ihrer Verantwortung voll bewußt sind und nur die Sache selbst im Auge haben. Und hier fehlte der Bürgerpflicht bisher etwas. Der Mißbilligungsantrag des Ordnungsbloks, der in der Sitzung vom 6. Dezember zur Annahme gelangte, ließ vor allem wiederum die Frage nach den Namen der Verantwortlichen offen. Alle später aber von den demokratischen Vertretern unternommenen Versuche, den Ordnungsblok zur offenen Kennzeichnung der Verantwortlichen zu bewegen, blieben vergeblich. Unter solchen Verhältnissen haben sich die demokratischen Vertreter zu eigenen Initiativen genötigt und sie haben dies in der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Dezember in einer Form getan, die weder an den Namen der nach Ansicht der Bürgerpflicht Verantwortlichen vorbegeht, noch die Woffstellung eines Systems freiläßt, das in der bewußten Großzügigkeit und dem Heranziehen einer Amtsbereichsbeschränkung als die eigentliche Ursache der finanziellen Rückfälle bezeichnet werden muß. Herr Stadtverordneter **Münner** gab in dieser Sitzung der Stadtverordneten für sich und seine demokratischen Freunde nachfolgende Erklärung gegenüber den radikalen Anträgen der Kommunisten und Sozialdemokraten und auch gegenüber dem bisher angenommenen Mißbilligungsantrag des Ordnungsbloks ab:

Ich und mit mir die demokratischen Stadtverordneten haben diesen Mißbilligungsantrag unterstützt. Aber für die Vertreter des Ordnungsbloks muß ich doch nochmals auf diesen Mißbilligungsantrag näher eingehen. In der Bürgerpflicht scheint man den Mißbilligungsantrag nicht so anzufassen, wie wir ihn aufgefaßt haben wollen. So auf, daß man den unangenehmen Mißbilligungsantrag, wobei die alle verantwortliche Schuld unter Mißbilligung ausgesprochen haben, weil er sich in eine geradezu unangenehme Vertrauensseligkeit eingewiegt hat, die alle Warnungen über die wirtschaftlichen Geschäfte der Stadtkanzler in den Wind schlug. Hier hat der Bürgermeister völlig verlagert, und manche Verluste wären der Stadt erspart geblieben, wenn er mit weniger Vertrauensseligkeit und mit noch weniger Nachsicht vorgegangen wäre.

Aber auch das Verhalten des Oberbürgermeisters kann ich keinesfalls gut heißen. Ich muß im Gegenteil feststellen, daß der Oberbürgermeister Dr. **Rine** in der Stadtkanzlerangelegenheit die Interessen der Stadt nicht energig genug vertreten hat. Es waren ja nur simple Stadtverordnete, die sich erlaubten, auf Unregelmäßigkeiten in einem städtischen Verwaltungsbereich aufmerksam zu machen, und die deshalb von dem wohlthätigen Magistrat nicht beachtet wurden. Ich brauche dieses System, das ja bekannt genug ist, nicht weiter schildern. Aber trotzdem können und wollen wir den Mißtrauensanträgen der Kommunisten und Sozialdemokraten in der vorliegenden Form nicht zustimmen, denn wir wollen

auch auf der anderen Seite nicht die großen Verdienste vergehen, die beide Bürgermeister sich um unser Gemeinwesen erworben haben.

Im Anschluß an diese Erklärung wandte sich Herr **Münner** dann noch gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, denen er das Recht abtritt, anlässlich des Stadtkanzlerfalls von einer allgemeinen bürgerlichen Korruption zu sprechen. Man solle gestillt vor der eigenen Tür stehen. Alle Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten wurden teils in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Für die Stadtverordnetenversammlung bedeutet das die Befreiung von schier endlosen Debatten. Die Bürgerpflicht aber wird die klaren Worte, die Herr **Münner** im Auftrage der demokratischen Vertreter im

Denken Sie bitte daran,  
rückständige Beiträge für die  
**Deutsche Demokratische Partei**  
bis Ende des Jahres zu begleichen

Stadtparlament gesprochen hat, mit Befriedigung aufnehmen. Die Erklärung nennt die verantwortlichen Personen. Sie wird bei aller Schärfe aber auch den persönlichen Verdiensten gerecht, die sich bei betreffenden Personen imnachhin erworben haben. Sie stellt aber die Sache der Bürgerpflicht über die einzelne Persönlichkeit. Und das war es, was bisher fehlte, und was die demokratischen Stadtverordneten klarlegt und ausgesprochen haben.

### Christentum und Nationalismus.

(Gedanken zum Weihnachtsfeste.)

Wiederum feiern wir Weihnachten — das volkstümlichste Fest der Christenheit, das Wagnis der christlichen Religion und Weltanschauung. „Friede auf Erden“, das war die frohe Botschaft, die damals, vor 2000 Jahren, aus der Seele eines gedehnten und unterdrückten Volkes heraustrat. „Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker!“ Dieser Aufforderung sind alle Nationen nachgekommen, die die neue Religion, wenn auch nur äußerlich, dem Namen nach angenommen hatten. Die christliche Religion und Weltanschauung sind in alle Weltteile getragen worden. Doch an den eigentlichen Inhalt des Evangeliums — „Friede auf Erden!“ und „Du sollst deinen Nächsten lieben!“ — hat man sich nicht gebunden gefühlt — in 2000 Jahren nicht. Im Gegenteil, die bezweifelbare Heterogenität der Kirche, die Kirche, hat bis in die neueste Zeit hinein im Interesse ihrer eigenen weltlichen Macht selber den Krieg gewidmet, gefördert und begünstigt. Immer wieder hat sich der Nationalismus mit dem Scharfgesicht des Christentums bekleidet, und gar zu oft hat sich auch die christliche Kirche freiwillig unter die fühlenden Fittiche des Nationalismus gestellt — trotzdem es keinen größeren Widerspruch je in der Menschheitsgeschichte gegeben hat als „Christentum“ und „Nationalismus“. Daß und Raue zu predigen, den völkerverfeindenden Krieg zu führen, ist unchristlich und hat noch nie einem Volk zum Segen gereicht. Der zum Kriege treibende Nationalismus ist also in Wirklichkeit volksverderblich-antinationell.

Der Weltkrieg hat endlich der Christenheit die Augen geöffnet. Schaudernd haben wir hinabgeblickt in den furchtbaren Abgrund. Ein nochmaliger Sieg des Nationalismus über das Christentum, bedeutet den Untergang des Abendlandes. Internationale Kirchengängung, Völkerverbund, Friedenskongresse sollen die Gefahr abwenden. Doch alles ist vergebens, wenn die Grundideen des Christentums — Völkerverliebe und Nächstenliebe — sich nicht fortzusetzen in der Tiefe der Volksseele. Die Geistes- und Besten haben schon vor Jahrzehnten gerufen und gewarnt.

Doch das gierende Schreien der Kriegshege hat solche Stimmen bisher immer wieder überdünnt. — Nun ist wieder einmal das Weihnachtsfest da und wieder hören wir die frohe Botschaft: „Friede auf Erden!“ Wir wollen sie tief hineinbringen lassen in die Herzen, auf daß das Wort zur Tat werde.

Reicholz, Bad Schmiedberg.

### Frauen als Polizeibeamte.

Im demokratischen Klub in Berlin sprach auf Veranlassung des Zentralfrauenausschusses **Fräulein Widing**, Leiterin der städtischen Frauenhilfsstelle am Polizeipräsidium über: „Die weibliche Polizei.“ Die ersten Versuche der Verwendung von Frauen im Polizeidienst wurden in Deutschland während der Besatzungszeit in Köln gemacht, mit englischen Polizeibeamtinnen, da in England und Amerika die Einrichtung schon einige Zeit bestand. Die Erfahrungen, die in Köln nach dieser Hinsicht gemacht wurden, waren die denkbar besten, jedoch nur in Frauen und Sachen die ersten Versuche mit Einstellung von Frauen in den Polizeidienst gemacht werden. Der wesentliche Unterschied zwischen männlicher und weiblicher Polizei besteht darin, daß die Frauenpolizei eine Wohlfahrtspolizei und keine Ordnungspolizei sein darf.

Das ist der oberste Grundgedanke der Einrichtung der weiblichen Polizei, die nur dann von Wert sein kann, wenn sie sich auf der besonderen Weisheit der Frauen aufbaut. Sie soll vor allem an gefährdeten Kindern, Jugendlichen und Frauen vorbeugende Fürsorge betreiben, ihr Vertrauen erwerben und ihnen wieder auf den rechten Weg helfen. Unter keinen Umständen dürfen die Aufgaben in detektivartigen Ermittlungen und Überwachen von Verdächtigen liegen. Damit würde jede Autorität gefährdet, die das Hauptproblem für den Erfolg ist.

Eine Uniformierung würde den weiblichen Polizeibeamtinnen ihre Arbeit sehr erleichtern, vorläufig scheint in Preußen jedoch höchstens eine Dienstkleidung eingeführt zu werden. Vorbedingung für eine weitere spezialistische halbjährige Ausbildung ist die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtsprüferin, der dann die Polizeikommissarprüfung folgen kann.

Die Besoldung erfolgt anfangs nach **Grupp 6**, eine, wie uns scheinen will, viel zu niedrige Eingruppierung, bei den großen Schwierigkeiten, die in der Ausbildung des Berufes im allgemeinen liegt und für die Priorität im besonderen. Im Interesse des Volkswohls wäre es sehr zu wünschen, daß sich genügend Frauen finden, die schaffend und kämpfend diesem neuen Frauenberuf den rechten Weg weisen, damit er nicht etwa zu Handlangerdiensten der Polizei herabgewürdigt wird. Individuell ausgezeichnet, in tatvoller, weiblicher Eigenart ausgeübt, wird die weibliche Polizei die Wohltäterin der gefährdeten Kinder und Frauen werden.

### Der erste weibliche Richter in Duisburg.

Fräulein **Gertrud** Dr. **Krause** vom Zivilrichterkollegium des Duisburger Landgerichts amtierte in diesen Tagen in einer Sitzung der vierten Zivilkammer zum ersten Male als besitzende Richterin.

### Kraus in der Wirtschaftspartei.

Halle. In der Wirtschaftspartei, die sich seit einigen Jahren als sogenannte berufliche Vertreterin des Mittelstandes aufgeben hat, ist es durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume zum hellen Tag gekommen. Der eine Teil vertritt Hausbesitzer, der andere Mieterinteressen. Beide merken dabei aber, daß die schönen Worte der Gründer und Abgeordneten der Partei von einer gemeinsamen Mittelstandspolitische hohen Präsen sind und daß sie einer Partei auf den Weim gegangen sind, der nicht allein jedes staatspolitische Verantwortungsgewühl fehlt, sondern die auch bei der Vertretung wirtschaftlicher Interessen des gewerblichen Mittelstandes flüchtig auseinanderfällt. In Halle muß dies ganz besonders stark zum Ausdruck gekommen sein, denn der Gruppenvorstand hatte kürzlich den 2. Vorherrschen des Hauptvorstandes über, wie er sich selbst betitelt, das Mitglied des „Generalstabes“ der Wirtschaftspartei, den Architekten **Colloffer** aus Berlin hergeholt, der in einer öffentlichen Versammlung den Versuch machen sollte, den auf dem Hauptpunkt gestandenen wirtschaftspolitischen Kredit der Wirtschaftspartei wieder zu geben. Dieser Versuch ist flüchtig mißlungen. Schon der geringe Besuch der Versammlung zeigte, daß man das Interesse an ihr verloren hat. Und nach der Rede des Referenten plagten die wirtschaftlichen Gegensätze zum Hausbesitzer und Mieter scharf auseinander. Viele von den kleinen Gewerbetreibenden, die einen Laden gemietet haben, befechteten mit der Kündigung oder Mietsteigerung eine Gefährdung ihrer Existenz. Und das nicht ohne Grund. Unbereits pochen die Hausbesitzer auf ihr Recht der freien Verwertung ihrer Räume, die Versammlung hat ein Bild der schärfsten Gegensätze auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Und wohl jeder Einzelne hat bei diesem Grundgefühl, wie unmöglich es ist, Tendenzen, wie sie die Wirtschaftspartei vertritt, in das Parlament zu übertragen und wie wenig es gerade für die große Schicht der kleinen und mittleren selbständigen Gewerbetreibenden sein muß, wenn sie ihre Interessen von einer Partei vertreten lassen wollen, die ohne jedes politische Prinzip nichts als die Entfestigung eines Kampfes alles gegen alle und den engstirnigen Egoismus zur Entstehung bringt. In Halle scheint man eingesehen, wie kümmerlich und gleichzeitig gefährlich das bisherige Vorgehen der Wirtschaftspartei ist. Und an anderen Orten wird es wohl ähnlich sein.

**Eisleben.** Eine Ortsgruppe der Jungdemokraten in Eisleben. Am Mittwoch vergangener Woche fand in Eisleben die Gründung einer Jungdemokraten-Gruppe statt. Der Vorstand setzte sich folgendermaßen zusammen: 1. **Vor.** Wilhelm **Glein**, 2. **Vor.** **Fräulein Lotte Mosbach**, Schriftführer **Heinz Wandler**. Alle Anwesenden erklärten nach der Versammlung ihren Beitritt zu der neuen Gruppe. Alle jungen Freunde der Demokratie werden gefreut, sich den „Jungdemokraten“ anzuschließen. Anmerkungen nehmen entgegen: **W. Glein**, **Wahnhoffstr. 31** und **Heinz Wandler**, **Königsstr. 19**.

Der nächste Zusammenkunfts-Abend ist am Mittwoch, den 29. Dezember. Alle jungen Demokraten werden um recht rege Teilnahme herzlich gebeten.

Wir begrüßen diese Gründung einer neuen Ortsgruppe der Jungdemokraten und bitten um ein gleiches Vorgehen an anderen Orten. (Schriftl.)

### Soziales

#### Zur Gemeindesteuer.

Die demokratische Fraktion hat bekanntlich im Preussischen Landtag den Antrag eingebracht, bei der Neuordnung der Gemeindesteuer die Entziehung von **Miet- und Pachtszins** zum Gemeindesteuereintrag sowie die Doppelbesteuerung des gewerblichen Grundbesitzes durch Gewerbe- und Grundbesitzsteuer in Wegfall zu bringen, drittens für gemeindesteuerepflichtige Einzelpersonen, die mit nicht mehr als 3600 **M** zur Reichseinkommensteuer veranlagt sind, die Gemeindesteuereintrag einen im Gesetz zu bestimmenden niedrigen Hundertsatz der Reichseinkommensteuer nicht übersteigen zu lassen. Der Finanzminister hat diesen Antrag wie einen der Volkspartei als nicht unbedenklich bezeichnet. Die städtischen Räte werden wollen auf die Ausfälle in ihren Finanzen. Der Wegfall von Pacht und Miete macht z. B. in Magdeburg 20 Prozent des gesamten Aufkommens aus, die bis zu 3600 **M** Reichseinkommensteuer veranlagten Beträge bringen wieder 10 Prozent des Aufkommens. Man muß aber umgekehrt auch bedenken, daß z. B. in Königsberg in Ostpreußen ein Gemeindesteuerbetrag von 16 000 **M** für Reichseinkommen veranlagt bei 6000 **M** Reinertrag 607,50 **M** Gemeindesteuereintrag (675 Prozent der Staatssteuer) zahlt, ein Gemeindesteuerbetrag mit 16 000 **M** Lebenssteuer und 6000 **M** Reinertrag 2767,50 **M**. Außerdem wird diese Lebenssteuer mit 8 multipliziert und ihm ein Gemeindesteuerkapital von 128 000 **M** angedichtet, von dem er neben der Gemeindesteuereintrag mit der Gemeindesteuerkapitalsteuer im Unterschied zu dem andern Betrieb zahlen muß. In demokratischen Kreisen verkennt man die schwierige Lage der städtischen Kassen nicht, aber man verweist darauf, daß mit der Befreiung in der Wirtschaft in kommenden Jahren auch die Erträge steigen werden, so daß man gut ein gerechtes Verfahren beim Einzug veranlassen kann. Ueberlegen wird man mir müssen, ob nicht an Stelle der gesetzlichen Befreiung für die Einkommen von 3600 **M** eine Staffelfreiung in das Gesetz gebracht werden kann.

Beantwortung für die Redaktion und den Verlag  
**Ludwig Müllers**, Magdeburg.  
Druck: **Budruckerei Hugo Ulbers** (Hilg. Str.), Delitzsch.

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an ihrem Samstags- und Sonntagsmorgen. Der Preis beträgt 10 Pfennige. Abnehmer können alle Verleger, Buchhändler, Zeitungsverleger und alle Postämter, die den Wegweiser abbestellen können, an den Verlag, Leipzig, Postfach Nr. 21, eingehen. Preis für den Einzelnen 10 Pfennige. Preis für den Abnehmer 100 Exemplare 100 Pfennige.

Abonnementpreis: Für die Jahresfrist 12 Mark. — Einzelhefte 10 Pfennige. — Abnehmer im Ausland 14 Mark. — Postgebühren durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Leipzig, Postfach Nr. 21. — Bestellungen: Berlin, Postfach Nr. 21, Leipzigerstraße Nr. 21. — Verleger: Hermann Borchers, Leipzig, Leipzigerstraße Nr. 21. — Druck: Hermann Borchers, Leipzig, Leipzigerstraße Nr. 21.

Nummer 52

Seite (S.), 24. Dezember 1926

2. Jahrgang

## Die Gemeinschaft der Völker.

Stresemanns Hamburger Rede — Das Abrüstungsproblem — Wir und die anderen — Die amerikanische Flottenvorlage — Die Weltwirtschaftskonferenz — Entpolitisierung des Finanzproblems — Die Aufgaben der Konferenz — Bewerte Außenpolitik — Orientierung — Die Parteikämpfe in Moskau — Der Abbau der Militärkontrolle — Der Artikel des Observer — Deutscher Parteien Wirrwarr — Die überflüssige Krise — Herr Dr. Scholz — Scheidemanns verfehlter Angriff — Die törichte Haltung der Deutschnationalen — Wieder Mitte — Fröhliche Weihnachten.

In seiner großen Rede auf dem Festessen des Hamburger Senats hat Dr. Stresemann die Bilanz dieses Jahres gezogen und gleichsam als Ausblick auf die politische Zukunft der Welt gezeichnet. Er hat die Gedanken der Gemeinschaft, oder wie er es nannte, der Solidarität der Völker hervorgehoben. Es kann nicht schaden, wenn sich immer wieder die Staatsmänner zu diesem Ziel betonen, obwohl es erst in weiter Ferne sichtbar wird. Auch von der deutschen Einigung hat man zu einer Zeit gesprochen, da es wirklich nur ein Phantasiegebilde erschien und die Verwirklichung kaum denkbar war. Zwei Menschenalter gingen freilich noch über diese Träumerei dahin, zwei Generationen kämpften und litten für diese Idee, bis sie doch eines Tages Wahrheit wurde. Und ähnlich dürfte es mit der europäischen Gemeinschaft stehen, von der Stresemann ebenfalls erst vor kurzem weit vorausschauend gesprochen hat. Aber wer die Erfüllung dieser Sehnsucht will, darf sich nicht ungeduldig an Minuten hammergehen. Die Aufgabe lohnt ein Einsatz eines Lebens. Auch Stresemann hat seiner eine Einschränkung gemacht, die zeigt, daß es auch für ihn Europa eine Hoffnung, nicht eine Weltlichkeit ist. Er sieht die deutsche Wiedergeburt in der Welt stehenden Staaten gegenüber und er meinte mit Recht, daß für Deutschland ein Remoiss seines anderen Rechtes ist.

Die große Aufgabe des nächsten Jahres dürfte die Aufstellung des Abrüstungsproblems werden. Allerdings nicht in dem Sinne, daß gewisse Bedürfnisse zurückkommen, die einen Schritt weiter bedeuten. Wenn überhaupt ein Druck auf die Staatsmänner ausgeübt werden kann, so nur von den Vereinigten Staaten auf der einen, der Weltwirtschaft auf der anderen Seite. In Washington hat man eine neue Flottenvorlage eingebracht, die eine ansehnliche Verstärkung der Marine zum Ziel hat, aber auch die Ermächtigung enthält, daß der Präsident den Bau einstellen kann, wenn er es aus Gründen der internationalen Verständigung für richtig erachtet. Die Flottenvorlage ist also mehr eine Drohung und Warnung, als ein Beweis begeisterter Imperialismus. Man steht sich in den Vereinigten Staaten gegennützlich, mitzueinander, um nicht durch Friedensliebe gekehrt der anderen zu erliegen, aber man legt die erheblichen Geldmittel der neuen Welt ein, um durch Wettläufe zum Abrücken zu zwingen. Ob es gelingt, auf diesem Wege einen Fortschritt herbeizuführen, kann zweifelhaft sein, nur wird man zugeben, daß eine Großmacht kaum anders handeln kann, als es hier geschieht.

Wiel wichtiger noch erscheint uns die Weltwirtschaftskonferenz, die nach den bisherigen Vereinbarungen am 4. Mai kommenden Jahres in Genf zusammentreten soll. In sich hat ihre Tätigkeit mit Waffenfragen nichts zu tun, aber wir haben mit Genugtuung in den letzten Jahren feststellen können, daß die wirtschaftlichen Probleme eine außerordentlich günstige Rückwirkung auf die Politik gehabt haben. Was mit dem Ruhrkampf nicht erreicht wurde, hat die deutsche Inflation geschaffen. Sie hob damals Bonaire aus dem Sattel und wurde die Voraussetzung für das Damesgüchlein, das ja die Entpolitisierung des Finanzproblems bedeutete. Ganz ähnliche Entwicklungen haben sich gezeigt, als das Stahl- und Eisenwerk zwischen Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien abgeschlossen wurde. So bedeutet die Wirtschaftskrisis mit ihrer gewaltigen Lebensmacht auch für Angestellte und Verbraucher sein müssen, das soll man immer wieder offen aussprechen obwohl es von internationaler Seite bestritten wird, so bedeutsam sind doch diese Krisen als Friedensgewähr. Auch bei uns hat ein großer Teil unserer Arbeitlosen und Stahlmagnaten den Weg zur Republik und Locarno gefunden, nachdem ihre Interessen einen Ausgleich mit Frankreich erfahren hatten. Sie erkannten, daß nur auf dem Wege der in-

ternationalen Verständigung die Blüte und Entfaltung der Wirtschaft denkbar ist.

Vielleicht wird man auf einer Weltwirtschaftskonferenz einige Anregungen, die wiederholt gemacht wurden, und sich in das Denken der politisch oder wirtschaftlich interessierten Kreise schon eingebürgert haben, ein Stück fördern. Wir denken dabei namentlich an die Münzunion die von jenseits des Ozeans wiederholt als aussichtsreich bezeichnet wurde, also die Schaffung eines einheitlichen Geldes für Europa, das bereits ungeleitete Zusammenarbeiten der führenden Notenbanken, der Kampf gegen die Zollmauern, die Europa schimmer als die natürlichen oder geschichtlichen Grenzen greifen, wir denken an Handelsverträge, die weitergehen als die bisherigen und gleichsam zur Anbahnung künftigen Zollvertrages werden, vor allem aber an die endliche Regelung der Schuldenfragen und an die Revision des Dawesplanes. Man kann es als ein Vorzeichen begrüßen, daß die Columbia-Universität in einer, auch von einigen Finanzmännern unterstützten Erklärung dieses gefordert hat. Vor allem erscheint uns der Hinweis darauf nützlich, daß Amerika verpflichtet ist, seinen Krieg allein zu bezahlen, nachdem es sich in dem Sinne der Friedensbewegung, daß kein Staat an einem Kriege bares Geld verdient, nicht gehalten hat. Die Kriegskosten nicht zur Ruhe. In diesem Sinne wäre die Entscheidung der internationalen Schlichter, die vorläufiglich die Revision des deutschen Zahlungsplans automatisch nach sich ziehen würde, eine sehr wirksame Bezeichnung für Munitionsfabrikanten und für eine Presse, die im Dienste gewisser Schwerindustrie steht.

Deutschland hält jedenfalls an der demopolitisch ist, hinter der die Mehrheit der Nationen steht. Man kann sagen, daß diese vergangenen Jahre moralische Eroberungen sind, die sich als die einzige erwiesen, die sich für uns in Frage kommt, und keiner an ihr Kritik üben, die es vermocht, uns aufzuzeigen. Die Orientierung, von der Rede ist, und zwar im besetzten Gegenstand und Thematik, fällt seiner Nachprüfung stand gute Beziehungen zu Russland, aber wir können nicht sagen, daß die Geheiß des Schreibens lassen, schon deshalb nicht, weil russische Politik von innerpolitischen Erwägungen einflußt wird und die Konsolidierung der lange nicht genügend vorgeschritten ist, um geschlossen empfindenswert erscheinen zu lassen auch in Moskau eine gewisse Entwicklung ist sicher richtig, aber ihr Ausgang ist ungewiss, und die letzten Tage haben wieder eine Opposition nicht nur über führende Köpfe, aber erhebliche Massen verfügt. Es ist Stresemanns Troski zum Verfallenen zu bringen.

Deutsche Kultur und deutsche Wirtschaft. Man kann es bedauern daß die unteren Erwartungen entsprechen, aber es wäre eine große Fehleinschätzung der öffentlichen Meinung in der letzten Genf Tagung ist zu wachen, gewiß nicht alles was wir erfordern, das die Militärkontrolle und der Sieg der deutschen Thesen in der Frage der Investition sind Erfolge, die ohne Locarno undenkbar wären. In dieser Richtung wird weiter gearbeitet werden müssen und es besteht begründete Aussicht, daß neue Erfolge uns zwar nicht als reife Früchte in den Schoß fallen, aber nach hartem Ringen erobert werden. Der Observer nannte die Rheintäumung das Problem des nächsten Jahres. Wenn auch kein Artikel, der so erhebliches Aufsehen erregt, nicht auf amtliche Quellen zurückgeführt werden kann, sondern offenbar die Privatmeinung seines Chefredakteurs Garwin darstellt, so war er doch immerhin beachtlich genug. England wird auf die Dauer keine andere Richtung verfolgen können, als sie in jenen Auslassungen dargelegt worden ist.

Weiter wird die deutsche Außenpolitik durch den Parteikampf maßlos erschwert. Es scheint üblich zu werden, daß man Weihnachten eine Krise dem deutschen Volke als Geschenk auf den Tisch legt. Wie damit Verhandlungen gefördert werden können, die Stresemann im Namen des Reiches mit fremden Mächten führt, ist das

Gebührende des Reichstages, und wir glauben schon, was einige verständigungsbedürftige französische Blätter schreiben, daß namentlich der deutsche Rabinettstag auch die Stellung aber haben allen Anlaß, den Mann zu stützen, mit dessen Namen Locarno untrennbar verknüpft ist. Wenn wir aber keine Gelegenheit verabsäumen, um Deutschland als ein innerpolitisches Chaos der Welt vorzuführen, so ist beim besten Willen nicht zu erkennen, wie man damit eine Wirkung im günstigen Sinne erzielen will. Die ganze ausländische Presse hätte für uns nur Hohn und Spott und es ist bezeichnend, daß selbst deutsch-französische Zeitungen, wie die in Basel, aus ihrer Bewunderung kein Hehl machen.

Dabei wird man immer wieder betonen müssen, daß diese ganze Krise überflüssig war und nicht aus inneren Notwendigkeiten entstand. Sie kam nicht, sondern wurde mutwillig heraufbeschworen, ohne daß ein Grund zureichender Art dafür vorlag. Den ersten Fehler beging der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, als er in Antwerpen seine Rede hielt. Wir wissen aus den letzten Jahren, daß er mit Zerfahrungen von Tüpfen einige Lobung hat. Nach früheren Krisen verdankten ihm ihre Entfaltung. Gewiß ist seine Rede durch eine Besorgnisregung nur entzündet worden, die den wichtigsten Satz falsch, aber es bleibt die Tatsache, daß er zur Unzeit an Ruhendes gerührt hat. Seine Reden treiben ihn nach rechts und wir hätten garnichts einzuwenden, wenn er für seine Person die Folgerung daraus zieht. Die Volkspartei hat zwar sich hinter ihn gestellt, aber das war nur durch Taktik bedingt. Sie konnte ihn in diesem Augenblick nicht anders unterstützen. Wir glauben aber in der Zukunft, daß diese Krise, unter ihnen des Verfalls an sich selbst, nicht möglich ist, sondern daß die Partei für die Gerechtigkeit befehle, über die sie handelt, das hat auch die bayerische Sicherung widerwillig, aber in der Zukunft. Es ist zweifellos ein Versehen in der Forderung, daß sie in immerwährendes Ergebnis erreicht hat.

Die Demokratie den törichtsten Beschluß, den es zu fordern. Er ging von den die glauben, das Offen schiedem noch waren ist und wohl nicht nur persönliche Fraktionen, sondern gegen die hegen. Erschwerte das schon die Scheidemann gegen Geher vertrat der Reichswehr sicherlich viel aus der Marx geben das zu, als sie die erreichten Materials zulagen. Aber die abgearbeitet werden, und es war nicht gerade sonderlich angenehm, rechts. Man kann es bedauern daß die unteren Erwartungen entsprechen, aber es wäre eine große Fehleinschätzung der öffentlichen Meinung in der letzten Genf Tagung ist zu wachen, gewiß nicht alles was wir erfordern, das die Militärkontrolle und der Sieg der deutschen Thesen in der Frage der Investition sind Erfolge, die ohne Locarno undenkbar wären. In dieser Richtung wird weiter gearbeitet werden müssen und es besteht begründete Aussicht, daß neue Erfolge uns zwar nicht als reife Früchte in den Schoß fallen, aber nach hartem Ringen erobert werden. Der Observer nannte die Rheintäumung das Problem des nächsten Jahres. Wenn auch kein Artikel, der so erhebliches Aufsehen erregt, nicht auf amtliche Quellen zurückgeführt werden kann, sondern offenbar die Privatmeinung seines Chefredakteurs Garwin darstellt, so war er doch immerhin beachtlich genug. England wird auf die Dauer keine andere Richtung verfolgen können, als sie in jenen Auslassungen dargelegt worden ist.

Der Parteikampf maßlos erschwert. Es scheint üblich zu werden, daß man Weihnachten eine Krise dem deutschen Volke als Geschenk auf den Tisch legt. Wie damit Verhandlungen gefördert werden können, die Stresemann im Namen des Reiches mit fremden Mächten führt, ist das

Die Bezugsgebühren für die  
**Mitteldeutsche Rundschau**  
sind fällig. Führe sofort die rückständigen Beträge ab.

Die Beträge für die  
**D. D. P.**  
sind fällig. Führe sofort die rückständigen Beträge ab.